

Brühler Zeitung

Brühler Lokalanzeiger — Brühler Stadtanzeiger — Brühler Volkszeitung

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12742 — — — Fernsprecher 2108

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Pfg. Reklamen 20 Pfg. Offertengedruckte und Kunstverfertigung 30 Pfg. — Beilagen pro Laufzeit 15 Pfg. — Bei langwieriger Werbung oder Kontingent in jeder Rubrik billiger. — Tagesveröffentlichung unentgeltlich.

Wesagspreis: Durch den Posten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.50 RM. einschl. Trägerlohn. Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Störungen infolge höherer Gewalt oder Ausstände rechtfertigen keine Ersatzansprüche.

Beilagen: Der Familienfreund * Sport * Aus der Welt der Frau * Der praktische Landwirt * Der Erzähler * Der Mittelstand * Sonntagsfreude * Rundfunk

Nr. 79

Mittwoch, 6. April 1932

35. Jahrgang

Die Nazi schwer belastet

Bericht des preussischen Innenministeriums über das Ergebnis der Untersuchung des bei der NSDAP beschlagnahmten Materials

In Berlin, 5. April. In dem Bericht des preussischen Ministers des Innern über das Ergebnis seiner Untersuchung des bei der NSDAP beschlagnahmten Materials wird zunächst festgestellt, daß der sogenannte Nachrichtenendienst der Nationalsozialisten eine Spiegeltätigkeit sei, wie sie nicht umfangreicher gedacht werden könne. Sie erstreckte sich auch auf die Tätigkeit des Staates und seiner Organe wie Regierung, Polizei und Reichswehr. Daß es sich dabei um Auswertung einer zentralen Anordnung handele, zeigten die überall gemachten Funde an derartigen Spiegelerichten. Hauptfachlich mit genauer Aufstellung der Stützpunkte, Gliederung und Bewaffnung der Polizei.

Von zentraler Polizeistelle werde monatlich der Nachrichtenendienst in verschiedenen Unterabteilungen herausgegeben. Es werden dann verschiedene Nachrichtenblätter aufgeführt.

Nach kommunistischem Vorbild werde aber auch offene Zerkleinerungsarbeiten betrieben. U. a. sei ein in Berlin verbreitetes, an die Berliner Schutzpolizei gerichtetes Flugblatt gefunden worden, in dem es u. a. heißt: „Kein kommunistischer Kampf gegen die für uns mitkämpfende SA.“

Unterdrückung sei dieses Flugblatt. Die nationalsozialistischen Polizeibeamten Berlin. Nach einer in Hannover gefundenen Aufzeichnung werden als meldepflichtige Gegenstände bezeichnet: Bahnschuttpanzerzüge, Bahnschutzanlagen, Postfernleitungen, Postfunkanlagen, Flughäfen, Flugübergänge über Eisen- und Wasser, alles mit genauen Einzelheiten. Erwünscht und erläutert werden dieses Meldebestimmung durch einen in Göttingen gefundenen Befehl, in dem als „Arbeitsgebiet für I.“ u. a. bezeichnet werden politische Parteien aller Art, Kampfbünde, Kuriere, Dienst aller Arten der Parteien, Gegnerpersönlichkeiten und Führer, Zeitungsleute der Gegnerpresse, private Überwachung, Waffentransporte, Übungen der Gegner, Telegraphen-Fernsprechanlagen, Radiostationen, politische Einstellung der bediensteten Personen, Flughäfen, Zahl der Maschinen, Einstellung der Flieger und des Gassenpersonals, Versuch an die Bediensteten heranzukommen, besondere Aufmerksamkeit für das Postwesen, Bahnschutz usw.

In einem aus dem März 1932 stammenden, in Wiesbaden gefundenen Befehl heiße es u. a.: „Da infolge der Reichspräsidentenwahl besonders bei einem Siege des nationalsozialistischen Kandidaten mit einem Einmarsch der SA gerechnet werden muß, muß das Nachrichtenwesen, insbesondere auch der eigentliche Nachrichtenendienst schnellstens ausgebaut werden.“

Auch der technischen Ausgestaltung eines umfangreichen Nachrichtenwesens ist nach dem amtlichen Bericht in der letzten Zeit gleichfalls besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden und zwar unter Einsatz aller nur denkbaren Nachrichtenmittel, einschließlich Briefkästen und Blinkverbindungen. Ein über das ganze Reich erstreckender Relaisdienst sei festgestellt worden. Auch über die Einrichtung eines eigenen Fernverkehrs mit Kurzwellensendern sei verschiedenes bekannt geworden.

Neuerdings werde der Aufstellung besonderer Spezialformationen Gewicht beigelegt und vor allem die Aufstellung von Pioniertruppen betrieben. Es werden dann einige Anfragen von Stämmen an untergeordnete Stellen aufgeführt, die zeigen, daß genaue Feststellungen gemacht wurden, welche SA-Männer im Waffendienst ausgebildet sind. Die Bestandaufnahme an Feldbüchsen scheint in allen Teilen des Reiches Anfang März 1932 eine besondere Rolle gespielt zu haben. Wörtlich heißt es dann: „Aufsichtigerweise sind kurz vor dem Termin für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl noch eine Reihe anderer Anordnungen getroffen worden, die im Zusammenhang betrachtet sehr zu denken geben. Seit einigen Monaten mehrten sich die Beobachtungen, daß bei der SA auf schnellste vollkommene Uniformierung gedrungen wird, obwohl das bestehende reichsrechtliche Uniformverbot eine solche

Maßnahme normalerweise eigentlich unverständlich machen mußte.“ In einem Gausturmbeispiel sei auch die Beschaffung von eisenernen Nationen angeordnet worden. Auch mit der Vorbereitung von Massenquartieren habe man sich befaßt.

Alle diese Vorbereitungen, die mit besonderem Nachdruck gerade einige Wochen vor der Reichspräsidentenwahl gefördert wurden, gewannen ihre besondere und erhöhte Bedeutung, wenn man sie im Zusammenhang mit der in Göttingen gefundenen Verfügung, daß mit einem Einmarsch der SA gerechnet werden müsse, betrachte, und wenn man weiter die aus diesem Anlaß näher erörterte Bedeutung der drei Alarmstufen für die SA abwäge.

Alarmstufe A gleich erhöhte Aufmerksamkeit, alles zu Hause bleiben, Befehle abwarten; Alarmstufe B gleich Zusammenziehen der Truppe; Alarmstufe C gleich Mobilmachung. C erfordert volles Gepäck, Dienstanzug, der verdeckt mitgeführt wird, eiserne Nationen, Verpflegung für mindestens drei Tage.

Es folgen dann in dem Bericht verschiedene SA-Befehle für den „Dienst am Wahltag.“ Danach mußten sich die Stürme mit dem 13. März mit Verpflegung für zwei Tage, verpacktem Dienstanzug usw. ausrüsten. „Allen diesen Beobachtungen und Feststellungen gegenüber muß, wie es dann weiter heißt, die Motivierung des von der obersten SA-Führung gegebenen Alarmbefehls mit dem Wund durch Zusammenstellung der SA-Leute, Zusammenziehen auf der Straße vorbeugehen, mehr als sonderbar erscheinen.“

Der am 12. März in Kreise Einberufene beobachtete und unterbündete Transport von Militärwaffen und die Auffindung eines schweren Maschinengewehrs sowie von Infanteriegewehren mit Munition bei dem Kreisleiter der NSDAP in Salzwedel am 13. März, sowie dieselbe tägliche Feststellung von Handfeuerwaffen bei Nationalsozialisten erhalte im Zusammenhang damit ganz erhebliche Bedeutung. Auch seien in Berlin Skizzen über die Lagerung von Waffenschutzwaffen auf dem Gelände des Potsdamer Güterbahnhofes gefunden worden, die durch genaue Beschreibung der Möglichkeiten, wie man dieser Waffen habhaft werden könne, ergänzt wurden.

Die Nationalsozialisten hätten im übrigen offenbar weitgehende Vorbereitungen für den Fall der Machtübernahme getroffen. Eine Reihe von Unterlagen weise darauf hin, daß an Hand von sehr ins einzelne gehenden Fragebogen Übersichten über alle in Frage kommenden öffentlichen Behörden sowie über alle lebenswichtigen Betriebe geschaffen worden seien. Besonders aufschlußreich in dieser Beziehung

seien eine viele Seiten lange bis in die kleinsten Einzelheiten sich vertiefende Ausarbeitung über den Generalmobilisierungsplan für die lebenswichtigen technischen Betriebe der Stadt Wiesbaden. Selbst die zu entfernenden Beamten und Angestellten und der neue Leiter seien schon namentlich darin festgelegt worden. Von Bedeutung sei auch die gegebenenfalls geplante Unbrauchbarmachung gewisser Wasserleitungen durch Abschalten oder Zusetzen von Anilinröhrchen zur Beunruhigung streikender Arbeiter.

Neue Kämpfe bei Schanghai

In Moskau, 5. April. Nach einer russischen Meldung aus Schanghai unternehmen gestern die japanischen Truppen plötzlich einen allgemeinen Angriff auf die chinesischen Stellungen bei Schanghai. Der Angriff, der etwa zwei Stunden andauerte, verlief nach drei verschiedenen Richtungen. Er soll von den chinesischen Truppen zurückgeschlagen worden sein.

Puji bekommt von Japan Geld

In Tokio, 5. April. Die Telegraphen-Agentur Schimpun Kengo teilt mit, daß am Dienstagabend zwei große japanische Banknoten dem japanischen Finanzminister Takahashi erklärt haben, daß sie bereit seien, der Regierung Puji eine Anleihe in Höhe von 20 Millionen Yen für fünf Jahre zur Verfügung zu stellen. Die Anleihe wird der mandchurischen Regierung in den nächsten Tagen in japanischer Valuta ausgezahlt werden.

Sindenburg die Grundlage für die Freiheit kommender Generationen

Reichskanzler Brüning in Stuttgart

In Stuttgart, 5. April. Reichskanzler Dr. Brüning sprach am Dienstagabend in der Stuttgarter Stadthalle vor etwa 10 000 Personen. Brüning erklärte einleitend, die politische Agitation der letzten Wochen sei von fortwährender Gemeinheit und Gewissenlosigkeit gekennzeichnet. Dieser Wahlkampf werde vielen Kreisen des deutschen Volkes für immer die Augen öffnen.

Die NSDAP habe anscheinend mit normalen Waffen überhaupt keine Aussicht mehr, Anhänger um sich zu sammeln. Allen Ständen müsse es gelingen, gegenseitiges Vertrauen für einander aufzubringen. Die Reichsregierung habe Maßnahmen treffen müssen, die allen Parteien und Ständen Opfer zumuten. Diese gemeinsamen Opfer müßten getragen werden, um an einem Ziel bezüglich der Reparations- und Abrüstungsfragen zu kommen. Alle diese

Der erste nasse Tag in Finnland — ohne Alkohol

In Helsinki, 5. April. Die mit größter Spannung erwartete Aufhebung des finnischen Alkoholverbotes brachte gleich am ersten Tage eine Sensation. Zum ersten Mal seit Einführung des Alkoholverbotes vor 16 Jahren es nicht möglich, in den Restaurations-Spirituosen zu bekommen. Diese eigenartige Tatsache beruht darauf, daß die Restaurateure und das Alkohol-Monopol, das heute seine Tätigkeit begann, sich nicht über die Höhe der Ausschüttung einig sein konnten.

Remarques Bankkonto beschlagnahmt

In Berlin, 5. April. Auf Veranlassung der Zollfahndungsstelle wurde das Danabankkonto des durch den Roman „Im Westen nichts Neues“ bekannt gewordenen Schriftstellers Remarque bei der Danabank beschlagnahmt. Die Maßnahme erfolgte, weil der Verdacht der Desviationsdiebstahl besteht.

Um die Unabhängigkeit der Philippinen — Gegenstände in Amerika

In New York, 5. April. Die New Yorker Morgenpresse mißbilligt aufs schärfste die geplante Befreiung der Philippinen im Jahre 1940, die das Abgeordnetenhaus mit 306 gegen 47 Stimmen beschlossen hat. Die „New York Tribune“ meint, der Insel sei damit ihr wirtschaftliches Todesurteil ausgesprochen worden. Die New York „Times“ bezweifelt, daß die Vorlage Gesetzeskraft erlangt.

Standarte 9
Hahn. Ost

Harburg - Wilhelmsburg 1, den
19. Februar 1932

35/32
a 4

An

Sturmabteilung I/9, W i n s e n

Sturmabteilung II/9, H a r b u r g

Betr. Vorbereitung zum Einsatz und Abwehr.

Es ist umgehend in den Stürmen festzustellen, welche SA-Männer im Waffendienst ausgebildet sind. Es kommen vor allen Dingen in Frage, zu erfahren, wer mit der Armeepistole 0,8 und mit dem Infanteriegewehr umgehen kann. Ausserdem ist festzustellen, wer ein MG bedienen kann. Die Angaben müssen aber bestimmt der Wahrheit entsprechen. Dieser Befehl ist streng vertraulich zu behandeln. Die betr. SA-Männer sind mir sturmweise samhaft zu machen. (Termin 25.2.32)

Der Führer der Standarte 9

Sturmabteilungsführer

Eines der Schriftstücke, die die Polizei bei den Hausdurchsuchungen in den Parteibüros der NSDAP beschlagnahmt hat und die nun der preussische In-

Volk in Not!

Wer kann uns retten?
Hindenburg und die hinter ihm stehende Vernunft und Einigkeit

Die von den Nationalsozialisten erstrebte Diktatur ist bestimmt kein Mittel zur Erreichung einer guten politischen Führung, für das Wohl- ergehen eines Volkes.

Es ist ein blutiger politischer Dilettantismus, zu behaupten, daß die unbesiegbaren ge- genwärtigen deutschen Verhältnisse lediglich auf ein falsches politisches System zurückzuführen seien.

Waren vielleicht das deutsche Volk nach dem Dreißigjährigen, dem Siebenjährigen Kriege und den Napoleonischen Kriegen eben- falls auf ein falsches politisches System zurückzuführen?

War die Tatsache, daß erst um die letzte Jahrhundertwende, also 25 bis 30 Jahre nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges in Deutschland ein größerer wirtschaftlicher Aufschwung einsetzte, die Folge des damaligen Bismarckschen Systems?

Ist es etwa eine Folge der verfehlten deut- schen Politik, daß die Vereinigten Staaten von Amerika im letzten Jahre in ihrem Staats- haushalt ein größeres Defizit aufzuweisen hat- ten, als der ganze deutsche Staatshaushalt überhaupt beträgt?

Ist es eine Folge der angeblich verfehlten deutschen Politik, daß Amerika heute 8 Mil- lionen Arbeitslose hat, daß England, Italien, die Tschechoslowakei, Polen usw. relativ eine gleich große Arbeitslosigkeit aufzuweisen ha- ben als Deutschland?

Ist es eine Folge des angeblich falschen po- litischen Systems der letzten 13 Jahre, daß es der Landwirtschaft in Amerika, in Italien, auf dem Balkan, in Ungarn, in Polen usw. noch unvergleichlich schlechter geht als in Deutschland? Nur wenige Länder haben im Hinblick auf die Weltagrarkrise so viel für ihre Landwirtschaft getan als Deutschland.

Ist es etwa eine Folge der falschen deutschen Politik, daß auch Mussolini, der ganz andere Staatsführereigenschaften in sich verkörpert, als Hitler, während seiner Amtszeit außer- ordentlich, ebenfalls keine größeren Erfolge zu erzielen vermochte?

Die Pflege der Leibesübungen in Preußen

Zur Polizeiverordnung über das Verbot nächtlicher Geländespiele und Märsche.

Der Reichsausschuß der deutschen Jugend- verbande hatte in einer Eingabe vom 14. Jan- uar 1932 das Preussische Ministerium des Innern um Beantwortung folgender Fragen ge- beten:

1. Gelten gemäß § 1 auch Geländesport- übungen jugendpflegerischer oder sportlicher Vereinigungen als verboten, wenn sie weder politischen Charakter tragen noch geeignet sind die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu ge- fährden?

2. Gelten Geländespiele und ihre Vorberei- tungen, wie sie bei unseren Jugendpflegever- bänden vielfach üblich sind, auch dann im Sin- ne der Bestimmungen des § 1 als verboten, wenn:

a) diese Geländespiele bei den zuständigen Polizeibehörden vorher angemeldet sind;

b) wenn diese Spiele weder einen politischen Charakter tragen noch geeignet sind, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu ge- fährden;

c) wenn es sich um Jugendpflege treibende Verbände im Sinne der sonstigen Be- stimmungen des preussischen Ministeriums des Innern handelt?

3. Gelten „Märsche im geschlossenen Ord- nung“ im Sinne der Bestimmungen des § 1, auch dann als verboten, wenn es sich:

a) um Jugendpflege treibende Verbände handelt;

b) wenn die Märsche weder einen politi- schen Charakter tragen, noch ge- eignet sind, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gefährden?

Nach einer Mitteilung des Präsidiums für Lei- besübungen hat das Amtspräsidenten des Preussischen Ministeriums des Innern vom 10. Fe- bruar an den Reichsausschuß der deutschen Ju- gendverbände folgenden Wortlaut:

„Auf die Fragen Ihres Schreibens vom 14. Januar 1932 — 5000 — teile ich ergebenst folgendes mit:

In 1 und 2:

§ 1 der Polizeiverordnung betreffend das Verbot nächtlicher Geländespiele und Märsche vom 20. November 1931 gilt nur für die sogenannten Nachtsportübungen, die wesentlich der Schulung in der Geländebewandlung ohne einen weiteren sportlichen Zweck und in ge- meinschaftlichen Zusammenwirken einer Wehr- heit von Personen im Gelände dienen, wie sie bisher vor allem von den sogenannten Wehr- verbänden veranstaltet worden sind. Die Be- stimmung gilt nicht für Veranstaltungen mit dem Ziel der individuellen körperlichen Er- hebung der Teilnehmer, auch wenn diese Veranstaltungen aus gewissen in ihrer Natur liegenden Gründen von mehreren Personen an- geführt werden müssen. Hierher gehören zum Beispiel die von ihnen aufgeführten Schneeschuhfahrten und Schneeschuhreisen, ferner Wäldläufe, Staffelläufe und ähnliche Veranstaltungen; das gleiche gilt für rein ju- gendpflegerische Veranstaltungen, das heißt solche Veranstaltungen, deren wesentlicher In- halt und Zweck in der individuellen Erzie- hung und körperlichen Ausübung von Ju- gendlichen liegt.

Dient eine Veranstaltung jedoch nicht rein sportlichen, sondern den oben umschriebenen wehrsportlichen Zwecken, so fällt sie unter die Verordnung, auch wenn sie von einer unpoli- tischen Organisation durchgeführt wird und einen politischen Zweck nicht verfolgt. Daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht ge- fährdet werden darf, und daß die Polizei im Fal- le einer solchen Störung einschreiten kann, er- gibt sich schon aus allgemeinen Rechtsgrund- sätzen.

Inbesondere zu 2a.

Eine Anmeldung der fraglichen Veranstal- tungen bei der Polizei ist nicht erforderlich, so- weit sie nach obigen Ausführungen erlaubt sind.

Zu 3:

Nach den ergänzenden Ausführungen Ihres

Plötzliche Zufriedenheit — Auch Polen und die Schweiz „Großmächte“ — Die Franzosen wollen Bulgarien aus politischen Gründen ausschalten

II Paris, 5. April. Die pessimistische Hal- tung der großen Pariser Presse über den Aus- gang der Londoner Besprechungen hat Dien- stamorgen ganz plötzlich einem ausgeprägten Optimismus und unverkennbarer Zufrieden- heiten Platz gemacht. Alle großen Blätter un- terzeichnen besonders, daß die beiden Minister- präsidenten sich über die Modalitäten zur Ver- wirklichung des wirtschaftlichen Zusammen- schlusses der Donaufstaaten vollkommen einig geworden seien und daß es nunmehr nur noch von Italien und besonders von Deutschland abhängige, wie rasch der Plan durchgeführt wer- den könne.

Selbst der außenpolitische Berichterstatter des „Echo de Paris“, Fertinax, begrüßt den Ausgang der Besprechungen, die eine so uner- wartet günstige Wendung genommen hätten. Wenn auch im Augenblick noch keine festen Be- schlüsse vorlägen, so sei doch zu hoffen, daß Macdonald und seine Kollegen sich nicht mehr von ihrer augenblicklichen Auffassung abrin- gen ließen, zu der sie nach langwierigen Ver- handlungen mit ihren französischen Kollegen gelangt seien. Was die Art angehe, die beider- seits für die Fortsetzung der Arbeiten in Aus- sicht genommen sei, so bestünde vollkommene Übereinstimmung darin, daß die fünf Do- naufstaaten sich zunächst unter sich einigen müßten, ehe man die übrigen Großmächte heran- ziehe. Außerdem dürfe man in Zukunft unter Großmächten nicht nur Frankreich, England, Italien und Deutschland verstehen, sondern müsse auch Polen und die Schweiz mitzählen, die ausdrücklich darauf bestanden hätten, mit zu Rate gezogen zu werden. Wenn Macdonald in seiner Erklärung hervorgehoben habe, daß einige Einzelheiten noch einer genaueren Prü-

Schreibens zu dieser Frage handelt es sich of- fenbar in der Hauptsache um Wanderungen von Personen im jugendlichen oder Kindes- alter. Daß solche Veranstaltungen nicht un- ter § 1 der Verordnung fallen, ist in § 2 lit. b ausdrücklich gesagt. Ob eine solche Wanderung politisch demonstrativen Charakter hat, oder nicht, ist für die Frage, ob sie unter die Po- lizeiverordnung vom 20. November 1931 fällt, ohne Bedeutung, wohl aber für die Frage der Anmeldung nach der reichsrechtlichen Vor- schrift des § 1 Absatz 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 (RGBl. Seite 70), Märsche, Aufmärsche und Wanderun- gen, die keinen demonstrativen Charakter ha- ben, also sich nicht als Aufzüge darstellen, sind nicht anmeldspflichtig.

jung bedürfen, so handele es sich im wesentli- chen um die finanzielle Unterstützung, für die eine Summe von 1 Milliarde Franken in Aus- sicht genommen sei.

Was die Beteiligung Bulgariens an dem Donauplan angeht, so soll dem diplomatischen Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ zufolge in politischen Kreisen Londons nach den Erklä- rungen Macdonalds der Eindruck bestanden haben, als ob dieser Staat in den Plan nicht einbezogen werden soll. England sei in dieser Frage völlig unparteiisch gewesen, aber die französische Abordnung habe sich der Aufnahme Bulgariens widersetzt, da es ein landwirt- schaftliches Land sei und durch seinen Beitritt das Übergewicht der Agrarstaaten noch erhö- hen werde. Außerdem hätten die Franzosen politische Gründe gehabt. Die Zahl derjenigen Staaten, die bisher nicht unter französischem Einfluß standen, würde durch den Beitritt Bulgariens, Österreichs und Ungarns zum Donauplan an die Zahl der jetzt unter fran- zösischem Einfluß stehenden Staaten heran- kommen.

Eine bemerkenswerte türkische Forderung

II Istanbul, 5. April. In einem Leitartikel des halbamtlichen „Millîyet“ wird der Donauplan Tardieus verurteilt. Der Plan verhindere die Bildung einer Balkanunion, wie sie von der Türkei und anderen Balkanstaaten ge- wünscht werde. In dem Leitartikel wird ein Wirtschaftssitz für die Länder des nahen Ostens gefordert und die Bildung eines Mittelmeer- bundes einschließlich der Türkei, Griechen- lands, Bulgariens, Albanien, Ägyptens und Syriens, vorgeschlagen.

Nachrichten aus Westdeutschland.

Um die Zukunft der Kölner Oper.

II Köln. Nachdem in der vergangenen Woche die Kölner Stadtverwaltung durch eine Denkschrift auf die Lage der Kölner Theater hingewiesen und verlangt hatte, daß nach vor Erledigung des Haus- haltplanes über den von ihr dringend bekann- teten Fortbestand der Kölner Oper Bescheid ge- stellt werden solle, beschäftigte sich heute der Kölner Finanzausschuß der Stadtverordneten mit der Theaterfrage. Die Verwaltung trug ihren Stand- punkt vor und die Fraktionen sollen jetzt schnell- stens Stellung nehmen, damit bereits in der näch- sten Woche der Finanzausschuß sich entscheiden und die Stadtverordnetenversammlung über die Ange- legenheit beschließen kann.

Gleichzeitig hielt der Verein der Freunde der Kölner Oper unter dem Vorsitz von Geheimrat Brecht eine Versammlung ab, in der verschiedene Redner ebenfalls dringend für die Fortführung der Kölner Oper eintraten. In einer Entschlie- sung, die vom dem Verein zusammen mit den Bühnengemeinschaften, der Konzertgesellschaft, dem Verein für Volksbildung, dem Männergesangsver- ein, dem Verkehrsverein u. dem Verein Kölner Ho- tels und Gaststätten in eine Reihe weiterer mu- sikalischer und kultureller Vereinigungen gefaßt wurde, betonten die Unterzeichner, daß sie sich mit aller Entschiedenheit gegen überstürzte Ent- scheidungsmaßnahmen beim Theateretat oder gar einer Schließung der Oper wenden. Wenn die Oper geschlossen oder existenzunfähig gemacht werden, könne sie wahrscheinlich im Jahrzehnten nicht wieder zum neuen Leben gebracht werden. Mit einer Schließung der Oper würde auch der Verfall des Orchesters und damit der Jahrzehnte alten weltberühmten großen Orchesterkonzerte Kölns verbunden sein. Der künstlerische und kulturelle Wert der Oper sei als kulturelle Verbund- und 4 Millionenstadt unbedingt tragbar. Die Statistik der Oper zeige, wie stark sie gerade in den letzten Jahren mit niedrigem Einkommen lebenden Volkskreisen als kulturelles Lebensbedürfnis empfunden werde. Das Ansehen der wichtigsten deutschen Städte ohne Oper und Musikleben ihre großstädtische und Fremdenver- kehrs-Geltung, ihre Bedeutung als Tagungs- und Reiseziel, ihr Charakter als westliche Kultur- zentrale des Reiches würde stark geschädigt und

auch die materiellen Folgen würden unabsehbar sein.

Kommunistisches Verkehrslokal ausgehoben.

40 Kommunisten verhaftet.

II Köln. Am Montagabend fand eine über- raschende Durchsuchung in einem Wohnhaus Gro- ßer Griechenmarkt Nr. 97 statt, der als Verkehrs- lokal und Aufenthaltsraum für Angehörige der KPD bekannt ist. Hierbei wurden 40 Personen, meist bekannte Kommunisten betreffen und festge- nommen. Bei der Durchsuchung wurden ein Trom- melrevolver mit fünf Schuß Munition und ins- gesamt 65 Stief- und Stiefwaffen vorgefunden, darunter feststehende Messer, Beile, Eisenrohre und Stangen, Gummihüpfel, sowie besonders präpa- rierte Stuhlbeine und Stöße.

Das Lokal wurde auf Grund der Verordnung vom 6. Oktober 1931 VII. Teil § 7 polizeilich ge- schlossen, weil zu befürchten ist, daß es als Sam- melstätte u. Stützpunkt für Gewalttätigkeiten be- nutzt wird. Die Beschuldigten werden dem Richter vorgeführt.

Beim Baden ertrunken.

II Hilden. Die beiden Söhne des Arbeiters Schmitt von hier machten die erste Ausfahrt mit ihrem neuen Badefloß auf dem Rhein. Bei Baumberg kenterte das Floß im Wellenschlag eines Dampfers. Während der 15jährige Sohn ertrank, konnte der zweite Sohn gerettet werden, jedoch erlitt er einen schweren Nervenschock, daß er ins hildener Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Die Leiche des Ertrunkenen konnte noch nicht geborgen werden.

Die Wagenwand als Geldschrank.

Devisenmuggel im Kraftwagen.

II Dersgangerath. Einen sensationellen Fang machten Zollbeamte der Aufsichtsstelle Straß. Dort fuhr ziemlich spät ein Kraftwagen aus Düsseldorf an, um nach Erledigung der Formalitäten die Weiterfahrt nach Holland anzutreten. Die Zoll- beamten schöpften Verdacht und untersuchten den Kraftwagen und auch die Insassen einer ge- meinen Untersuchung. Hierbei entdeckten sie dann in den Wänden des Autos, geschicht verborren, 43 Tau- sendmarktscheine und etwa 12.000 Holländische Gul- den. Außerdem wurde ein offensichtlich gefälschter Schiffswechsel gefunden, der auf den Namen

Das Neueste in Kürze

— Beim Reichsinnenminister Groener fand gestern eine Besprechung mit Vertretern der Länderregierungen statt, in der eine Reihe wichtiger innenpolitischer Fragen erörtert wurden.

— Aus 17 von insgesamt 37 Kreisen lie- gen die Ergebnisse der Neuwahl zur ostpreu- ßischen Landwirtschaftskammer vor. Die Na- tionalsozialisten erhielten bisher 22, der Land- wirtschaftsverband Ostpreußen 14 Sitze.

— Der polnische Gesandte erhob bei Ri- minow Protest gegen die Gerichte, daß die polnische Gesandtschaft bei dem Anschlag auf den deutschen Botschaftsrat von Twardowski ihre Hand im Spiele gehabt habe.

— Präsident Hoover erklärte in einer Pres- sebesprechung, daß die Reise Stimson nach Genf ausschließlich der Abrüstungsfrage gelte und daß eine Aufrückung der Schuldenfrage nicht geplant sei.

— Die von dem Vorstand der Firma Aren- ger berufenen Buchdruckverhändler haben eine vorläufige Mitteilung veröffentlicht, aus der sich ergibt, daß die Bilanz der Firma günstig war.

— Nach Pariser Blättermeldungen soll vom französischen Gesandten der Vorschlag gemacht wor- den sein, den Donaufstaaten eine Anleihe von einer Milliarde Franken zu gewähren.

einer umfangreichen Schiebung von Densifen hin- deutet. Von den fünf Insassen, unter denen sich eine Frau und ein Junge befanden, wurden drei, sämtlich polnische Staatsangehörige, festgenommen und der Düsseldorfser Vollzugsanstalt zugewiesen, die die weitere Untersuchung führt.

Tod durch Gas in der Trunkenheit.

II Duisburg. Der 55 Jahre alte pensionierte Eisenbahnschaffner A. ist in seiner Wohnung durch Rauchgas vergiftet tot aufgefunden worden. Die Ermittlungen ergaben, daß A. am Freitag nach- mittag in animerter Stimmung aus der Stadt gekommen war. Er hat sich dann Kaffee getrunken und dabei vermutlich den Gasdruck abgelesen, so daß das Gas in den Raum strömte.

Vermieter schlägt seinen Mieter mit einem Beil nieder.

II Oberhausen. Durch Mietsstreitigkeiten ent- stand zwischen dem Vermieter F. des Hauses Fär- renstraße 50 in Oberhausen-Erkrade und dessen Mieter S. eine Schlägerei, die dahin ausartete, daß S., der sich von S. bedroht fühlte, ein Beil ergriff und dem S. die linke Gehirnhälfte bis auf den Unterleier aufschlug. S. wurde dem St. Jo- sephs-Krankenhaus zugeführt; er schwelgt in großer Lebensgefahr. S. wurde vorläufig festgenommen und dem Amtsgericht in Oberhausen zugeführt.

Selbstmord auf den Schienen.

II Banne-Gidel. Die 17jährige Verkäuferin Grete Teske warf sich auf der Eisenbahnstrecke Banne-Gidel-Wochum vor einen heranfahrenden Personenzug und wurde auf der Stelle getötet. Das Mädchen hatte sich Unregelmäßigkeiten an- schulden kommen lassen und war deswegen gekün- digt worden.

Freitot, einer Sechszehnjährigen.

II Dattingen. Hier warf sich ein 16jähriges Mädchen auf der Eisenbahnstrecke Dattingen-Blumenfeld vor einen Personenzug. Das Mäd- chen wurde auf der Stelle getötet. Es hatte sich nach einem häuslichen Streit entfernt u. gedroht sich das Leben zu nehmen. Ein Mann, der vorbeifuhr, die Unglückliche noch im letzten Augenblick zu ret- ten, wurde beinahe von dem Zug überfahren.

Von seiner Frau durch Unvorsichtigkeit erschossen.

II Hagen. Der Sparsassenangehörige August B. aus Bifflingheim erhielt vor einiger Zeit von einer Nachbarin einen Revolver zum Geschenk. Als nun die Frau den Revolver wieder abholen wollte, ging Frau B. an den Schrank, um den Revolver den Nachbarin wieder zurückzugeben. Dabei mußte sie mit dem Finger dem Abzugsschnur zu nahe gekommen sein, denn plötzlich ging ein Schuß los, durch den B. in den linken Lungen- lappen getroffen wurde. Trotz sofortiger Unter- suchung ins Krankenhaus erlag B. seinen schweren Verletzungen.

Versehrtheit mit der Art erschlagen.

II Bielefeld. Der 10jährige Sohn der im be- nachbarten Bielefeld wohnenden Eheleute E. war mit seinem 12jährigen Bruder mit dem Aussehen einer Waise beschäftigt. Dabei trat der 12- jährige J. seinen Bruder so unglücklich bei einem Ar- beits- daß dessen Schädel zertrümmert wurde. Er war auf der Stelle tot.

Wanderbursche tot aufgefunden.

II Barmen. Ein 16jähriger Barmen in der Nähe der Schmitz-Mühle wurde ein etwa 60jähri- ger Wanderbursche im Bach liegend tot aufge- funden. Man nimmt an, daß der alte Mann in der Dunkelheit vom Wege abkam und die hohe Stra- ãenbrückung hinauf in den Bach stürzte, wo er be- wußtlos liegen blieb und elendig ertrank. Die Verhütung des Todes konnte noch nicht festge- stellt werden, da man keinerlei Ausweisapapiere bei ihm vorfand.

Durch einen Puffschlag tödlich verletzt.
Der Bürgermeister des Naderdriesch Weisbach wurde beim Arbeiten im Stall von einem ausfallenden Pferd gegen den Leib getreten und so schwer verletzt, daß er kurz nach seiner Entlassung ins Krankenhaus starb.
Die enttäuschte Liebhaberin.

Mord und Selbstmord einer Büroangestellten.
In Saarbrücken: In Geislauren wurde der französische Grubeningenieur Suillerot und eine Büroangestellte aus Dudweiler tot aufgefunden. Die Leichen lagen in der Wohnung Suillerots in einem Bett und wiesen Schußverletzungen an der rechten Schläfe auf. Wie die polizeiliche Untersuchung ergab, hat das Mädchen zuerst Suillerot und dann sich selbst erschossen. Es ist anzunehmen, daß es sich um die Tat einer enttäuschten Lieblichen handelt. Das Mädchen hatte seit längerer Zeit enge Beziehungen zu dem Ingenieur, die in letzter Zeit auseinanderzugehen drohten.

Tunessischer Offizier mordert zwei junge Mädchen.
Die Mutter schwer getroffen.

In Saarbrücken: Wie aus Straßburg gemeldet wird, trug sich in einem kleinen Kaffee in dem Dorche Mörchingen eine furchtbare Missetat zu. Ein Unteroffizier eines dort in Garnison liegenden tunesischen Schützenregiments, der mit dem Besitzer des Kaffees, einem Algerier in Streit geraten war, zog im Laufe der Auseinandersetzung plötzlich seinen Revolver und erschoss die beiden 16- und 19-jährigen Töchter des Besitzers und verletzte die Mutter durch einen Schuß schwer. Sie liegt in lebensgefährlichem Zustand im Krankenhaus. Der Mörder, der von den Gästen übel gerichtet wurde, wurde von der herbeigerufenen Polizei verhaftet.

Katholischer Deutscher Frauenbund

Am 15. April um 18.30 Uhr findet in Koblenz im großen Saale des katholischen Besefervereins, Firmungstraße, eine Tagung des Rheinischen Provinzialausschusses des katholischen Deutschen Frauenbundes statt. Es werden sprechen: Antonie Hopmann, Generalsekretärin des KDZ, Köln, über „Die Frau in der Wirtschaftskrise“, und Dechant und Ehrenbürger Homscheid, Koblenz, über „Religiöse Geistes- und Gnadenträfte für unsere Zeit“. Der Tagung werden am Vormittag und am Vorlage Arbeitsbesprechungen vorausgehen.

Unveränderte kaufmännische Arbeitsmarktlage.

Im Monat März ergänzte sich der Bewerbergang, der wiederum einen leichten Rückgang aufweist, vornehmlich aus Einzelkündigungen, während Massenentlassungen nur vereinzelt erfolgten.

Wie die kaufmännische Stellenvermittlung des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes mitteilt, stammt der Bewerbergang in erster Linie aus der Maschinen-, Metall- und Hüttenindustrie schlesischer und westdeutscher Bezirke. Die Eisenindustrie liegt außerordentlich darnieder, so daß weitere Kurzarbeit eingeführt wird. In der Autoindustrie und im Autozubehörhandel stehen durch den Umsatzrückgang Entlassungen bevor. Ebenfalls fehlen Beschäftigungsmöglichkeiten in der Möbelindustrie. Eine weitere Personalverkleinerung, z. B. durch Zusammenschlüsse, wird in der Zigarettensindustrie befürchtet. In Auswirkung des Schenkervertrages sind im Speditionsgewerbe erneut größere Kündigungen ausgesprochen worden. Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und die Devisenvorschriften bringen den Außenhandel in eine immer stärker Notlage. Unverändert ist die Lage im Einzel- und Großhandel; das Ostergeschäft brachte keine nennenswerte Belebung. Der Beschäftigungsgrad einzelner Teilzweige hat eine leichte Besserung erfahren, teilweise wurden vorsorglich ausgesprochene Kündigungen zurückgezogen. Weitere Saisonzweige, wie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Fahrradindustrie, auch Metallfertigerwaren, weisen leichte Auftragssteigerung auf. Das Vermittlungsergebnis ist gegenüber dem Monat Februar etwas gesunken. Mit der Erteilung von Befehlsgutachten wird oft noch zurückgehalten, um die Beendigung der Wahlen abzuwarten. Die Lage auf dem kaufmännischen Stellenmarkt wird gekennzeichnet durch die Unzulänglichkeit 1004 Bewerber auf eine neu gemeldete Stelle im März gegenüber 95,3 im Februar, 107,2 im Januar und 44,1 im März 1931.

Kaufmannslehrling und Freizeitgestaltung

Der Bund der Kaufmannsjugend im D.H.B. hat beiden zwei Schriften herausgebracht, die sich mit den vielfachen Möglichkeiten zweckmäßiger Freizeitgestaltung der männlichen Kaufmannsjugend beschäftigen. Wer als junger Kaufmann im Beruf und im Leben vorwärts kommen will, wer über den Durchschnitt hinauskommen will, der muß seine Freizeit richtig ausnützen. Das im Verein praktisch Erlernte muß theoretisch untermauert werden, in größere Zusammenhänge muß der Jungkaufmann Einsicht gewinnen. Die Eigenart des Kaufmannsberufes verlangt auch geistliche Maßnahmen. Die beiden, reichlich bebilderten Schriften werden kostenlos abgegeben durch das Jugendamt des D.H.B., Köln, Gutenbergstraße 10.

Reichspräsidentenwahl Zweiter Wahlgang

Das Kreuz in Feld 1

Paul von Hindenburg Reichspräsident, Generalfeldmarschall, Berlin	☒
Adolf Hitler Regierungsrat im braunschweigischen Staatsrat, München	☐
Graf Dr. Brüning Transportarbeiter, Hamburg	☐

Dahin

das Kreuz

Nur diese amtlichen Stimmzettel dürfen bei der Wahl verwendet werden.

Brühl und Umgebung

Brühl, den 6. April.

Große Kundgebung für Hindenburg in Brühl-Stadt

Wir weisen nochmals hin auf die heute (Mittwoch) um 20 Uhr im Josephshause in Brühl stattfindende große Versammlung der Zentrums- und Reichspräsidentenpartei. Es spricht Stadtv. Schaeven-Köln über das Thema: „Vor dem Entscheidungskampf um die Wahl des Reichspräsidenten“. Alle Wählerinnen und Wähler, die in der Wiederwahl des bewährten Reichspräsidenten von Hindenburg eine Garantie für Ruhe und Ordnung, sowie für den Wiederaufstieg Deutschlands sehen, sind zu der Kundgebung freundlichst eingeladen. (Siehe Anzeige im Anzeigenteil).

Reichspräsidentenwahl

Wo und wie Du wählen mußt, erfährst Du aus der heutigen Bekanntmachung im Anzeigenteil. Es bestehen wieder 5 Wahlbezirke. Die Wahlzeit ist von 9-6 Uhr.

Wie in den verschiedenen Wahl-Bekanntmachungen bekannt gegeben wurde, sind die Wahlausweise aufzubewahren, da sie auch noch für die Landtagswahl dienen müssen. Soweit die Wahlausweise abhanden gekommen sind, lassen sich die betreffenden Personen zweckmäßig auf dem Meldeamt des Rathauses die Nummer angeben unter der sie in der Stimmliste aufgeführt sind, damit sie die Nummer bei der Wahl angeben können.

Verkehrs- und Verschönerungsverein. Den Preisträgern des Blumenwettbewerbwerbes wird bekannt gegeben, daß ihnen Anfang Mai die auf ihren Preis fallenden Pflanzen ausgestellt werden.

Eiserverein. Am kommenden Freitag wird als letzter in der Reihe des diesjährigen Winterprogramms Dr. phil. U. Funke-Brühl über „Die Bedeutung des Bauernstandes für das deutsche Volkstum“ sprechen. Beginn der Versammlung um 20 Uhr. Regier. Besuch wird erwartet.

Kündigung der Teilnahme am Rundfunk.

Die in den allgemeinen Bestimmungen über den Rundfunk ist eine Kündigung vorgesehen, die nur zum Ablauf eines Kalendermonats zulässig ist und spätestens am 16. des Monats bei der Zustellungsstelle schriftlich vorzulegen muß. Mit Rücksicht auf die Stilllegung des Kölner Senders sind die Postanstalten des Bezirks angewiesen worden, die bis Ende März und bei der Einziehung der Rundfunkgebühren im April schriftlich abgegebenen Kündigungen als für April gültig anzusehen.

Große Zentrumsversammlung IN BRÜHL

Heute, Mittwoch um 20 Uhr findet im Josephshause in Brühl eine

Große Kundgebung für die Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg

statt. — Es spricht Stadtv. SCHAEVEN-Köln, über das Thema:

„Vor dem Entscheidungskampf um die Wahl des Reichspräsidenten“ Wählerinnen und Wähler!

Zeigt durch Massenbesuch, daß Ihr gewillt seid, für die Wiederwahl des bewährten Reichspräsidenten von Hindenburg einzutreten. — Erscheint alle heute abend 8 Uhr im Josephshause.

Zentrumspartei Brühl-Stadt
I. A. E. H. Kley
Vorsitzender

Wer zu früh mit dem Abschluß des großen oder kleinen Jahres beginnt, noch bevor sie sich eingeleitet und ihre Pflichten in Bezug auf Nachkommenschaft erfüllt haben, dürfte bald ein Verbot der beliebtesten Waldbühnen feststellen haben. Infolge intensiver Waldbühnen und Meliorationen ist der Bestand des Auer- wie des Birkwildes mehr und mehr zurückgegangen. Unser Saarraubwild genießt außer in gepflegten Niederjagden und Fasanerien, über das Geseh hinaus im April Schutz und Schonung. Die Fuchsfälle wölft. Ebenso frucht das Schwarzwild im allgemeinen in diesem Monat. In Waldbereichen wird es daher streng geschont.

Alle wahlberechtigten Frauen und Mädchen werden heute abend 8 Uhr im Josephshause erwartet

Stadtv. Schaeven-Köln, ein glänzender, humorvoller Redner, spricht.

Kommen Sie pünktlich mit Ihren wahlberechtigten Angehörigen, es geht um den Entscheidungskampf um den Reichspräsidenten.

Sport

Freier Turn- und Spielverein Brühl. Da am Sonntag Spielverbot ist, findet das Spiel Köln-Söthenberg — Brühl am Samstag, den 9. April statt. Es ist das 3. Meisterschaftsspiel welches Brühl austrägt, und mühte formgemäß von Brühl gewonnen werden. Aufstellung der 1. M.: Schul G., Brandt, Schmitz Jr., Defer Jr., Niedl, Muthen, Verheugen D., Defer P., Falter, Mandt M., Schmitz S. — 2. M.: Lubnan D., Wieland, Mandt G., Krüger Jr., Verheugen M., Denge S., Altenberger R., Altenberger W., Verheugen L., Davig, Azler. Das Spiel der 1. M. ist um 17 Uhr, der 2. M. um 15.30 Uhr. Abfahrt Samstagmorgen 14 Uhr ab Lokal Knipper (Schloßbrauerei).

Euskirchener Wochenmarkt Marktbericht

Landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Aisdorf, am Güterbahnhof, vom 5. April.

Es kosteten: Rote Beete 3.90—4.80, Rosenkohl 1.10—1.20, 2. 2.60—3.50, Spinat 3.30 bis 4.90, Schwarzwurzeln 8.10—10, Feldsalat großer 11.10—13.20, kleiner 25.20—26.70, Radiesel 1.12.30—16.10, 2. 6.70—9, Kettenalat 24.90, Porree 1. 3.90—4.40, 2. 1.80—2.30, Sellerie 1. 19.20—21.70, 2. 8.20—12.90, Eier 6—6.60, Entenier 6.70—7, Gänseier 10, Butter 1.17 bis 1.20. Die Preise verstehen sich je 100 Pfund, Gebund oder Stüd. Versteigerungen Montag, Dienstag und Donnerstag ab 13.30 Uhr.

Kölner Getreide-, Futtermittel- und Waren-Börse.

	5. 4.	29. 3.
Weizen, rhein. 74-74 ¹ / ₂ kg.	26,25-26,50	25,60
Roggen, rhein. 72-72 ¹ / ₂ kg.	21,25-21,50	21,25-21,50
norrb. 75-74 kg.	22,75-23,25	22,75-23,25
Hafer hiesiger	16,00-17,00	16,00-17,00
norrb. 75-74 kg.	17,25-18,25	17,25-18,25
Futtergerste	—	—
Wintergerste, inländ.	17,75-18,25	17,75-18,25
Sommergerste, inländ.	18,50-19,50	18,25-19,00
Malz, grob	16,25-17,75	16,25-18,00
kleiner	17,75-18,00	18,00-18,25
Weizenmehl inländ.	56,00	55,55
Rhein. Weizenbäckermehl	—	—
Roggenmehl 70 ⁰ / ₀ inländ.	29,50-30,50	29,50-30,00
Roggenmehl 70 ⁰ / ₀ inländ.	25,00-25,50	25,00-25,50
Weizenkleie ¹	10,50-11,75	10,25-11,50
Roggenkleie ¹	10,00-10,50	9,75-10,25
Viertrichter ¹	12,00-12,75	12,00-12,75
Leinwandmehl 88 ⁰ / ₀ ¹	13,00-13,25	13,25-13,50
Erdnußmehl 60 ⁰ / ₀ ²	13,25-13,75	13,50-13,75
54 ⁰ / ₀ ¹	14,25-14,75	14,50-14,75
Soyaschrot (extrahiert) 46 ⁰ / ₀ ¹	15,50-15,75	15,25-15,75
Rapschrot 88 ⁰ / ₀	9,25	9,25
Baumrindschrot 21 ⁰ / ₀	12,00-12,50	12,00-12,50
Erdnußschrot 10 ⁰ / ₀	7,75-8,25	7,50-8,00
Zuckerschrot 10 ⁰ / ₀	10,00-10,25	9,50-9,75
Rohmelasse	8,25-8,50	7,25-7,75
Wiesheu, inl. 10 ⁰ / ₀	5,00-5,60	4,80-5,20
inländ. gepreßt	—	—
Kleeheu, inländ. 10 ⁰ / ₀	6,50-7,60	6,50-7,50
inländ. gepreßt	—	—
Roggenstroh, gepr.	5,10-5,30	2,90-3,10
Weizenstroh, gepr.	5,00-5,20	2,70-2,90
Haferstroh, gepr.	2,80-3,00	2,60-2,80

¹) Brutto mit Sack; ²) ab rhein. Station. Für 100 kg Frachtgute Köln.

Inländischer Weizen war auch heute begehrt und teurer, sonst waren die Preise für Getreide nur wenig geändert. Futtermittel waren gut gefragt.

Kartoffeln, Butter

Butterpreise um 5 M. je Zentner herabgesetzt.
Berlin, 5. April. Am deutschen Buttermarkt ist eine abermalige Verflauung eingetreten. Die Lieferungen von deutscher Butter steigen weiter; Unternehmungskosten dafür bestehen aber nicht in vollem Umfange, so daß wiederum ein Teil eingelagert werden mußte. Die Nachfrage läßt mehr als zu wünschen übrig. Die Zufuhren an Auslandsbutter werden immer kleiner. Die Berliner Notierungskommission bezeichnete das Geschäft wieder als sehr still und ließ die Preise für den Zentner wie folgt herab: 1. Qualität 113, 2. 106, abfallende Ware 96 M.

Köln, 5. April. An der heutigen Produktenbörse notierte Butter 1. Beschaffenheit 240 M. (amlet 248 M.), 2. Beschaffenheit 230 M. (238 M.) für

faures Glück
Möchte von Mutter haben

Das „System“

Der Kampf der Nationalsozialisten gegen das „System“ hat nur den einen Sinn, daß, wenn der Nationalsozialismus zur Macht kommt, „alles anders“ werden soll. Schuld an der Notlage des deutschen Volkes hat das „System“, das System Brüning mit seinen Notverordnungen, das „System“, das den Versailler Gewaltfrieden geschlossen und die sich aus ihm ergebenden Nachkriegsverträge, u. a. den Dawidplan, gut geheißen hat.

Die Nationalsozialisten haben erklärt, wenn sie zur Macht kämen, würden sie die Notverordnungen aufheben. Sie würden den Versailler Vertrag und die sich aus ihm ergebenden Nachkriegsverträge für null und nichtig erklären und damit die Grundlage schaffen für den Wiederaufstieg des deutschen Volkes. In Wirklichkeit aber ist der Kampf um das „System“ nichts anderes als der Wille zur Macht. Vordern kann auch der Nationalsozialismus trotz seiner großen Versprechungen an dem gegenwärtigen Zustand nichts. Hitler selbst hat am 12. März d. Jrs. einem amerikanischen Pressevertreter wörtlich erklärt:

„Die Notverordnungen sowohl wie der Versailler Vertrag haben Tatsachen geschaffen, die man nicht einfach dadurch abändern kann, daß man die Notverordnungen aufhebt und den Vertrag zerlegt. Die Notverordnungen werden dann rückgängig gemacht, wenn wir etwas geschaffen haben, das an ihre Stelle treten kann, und der Versailler Vertrag wird dann erledigt sein, wenn auf einer neuen Konferenz an seiner Stelle ein anderer Vertrag abgeschlossen wird.“

Diese Erklärung ist von Herrn Hitler schon zu wiederholten Malen vor den Vertretern des „Systems“ abgegeben worden.

Reichsanwalt Brüning selbst hat zu wiederholten Malen erklärt, daß die Notverordnungen aufgehoben werden, sobald ihr Zweck erfüllt sei. Die jetzige Reichsregierung und ihre Vorgängerin haben immer wieder erklärt, daß das Ziel ihrer Bestrebungen die Aufhebung des Versailler Vertrages und die Befreiung der unerträglichen Verpflichtungen Deutschlands aus dem Dawidplan ist. Hitler hat in seiner Erklärung an den amerikanischen Pressevertreter zugegeben, daß auch die nationalsozialistischen Bäume nicht in den Himmel wachsen, daß der Nationalsozialismus ebenso wie das „System“ nur auf dem Verhandlungswege mit den früheren Gegnern die gegenwärtigen Verhältnisse zu ändern vermag. Eine Machtergreifung durch den Nationalsozialismus würde also an dem bestehenden Zustand nicht das geringste ändern, mit der einen einzigen Ausnahme, daß das „System“ nicht mehr das „System Brüning“ heißen würde, sondern das „System Hitler“.

Was die Nationalsozialisten wollen

Der Erlanger Theologieprofessor Straßmann, der als Christlich-Sozialer dem Reichstag angehört, wendet sich in der „Täglichen Rundschau“ (Nr. 51) gegen die Illusion einer nationalsozialistischen Regierungsbeteiligung. Er sagt:

„Es ist schon während der letzten Monate, nach der Weimarer Wahl, immer wieder deutlich geworden, daß der radikale Flügel in der N. S. D. A. immer wieder und immer mehr Oberwasser bekommen hat. Selbst mit den Deutschen wollten sie sich ja nur bis zur Erklärung des Dawidplanes verbinden, um sie alsdann schleunigst wieder abzuschleudern. Sie wollen nicht „Umformung“ der Regierung, Beteiligung, Eingliederung, sondern: sie wollen die Vernichtung der völkischen Herrschaft ihrer Partei; also eine Parteigründung, um dann, wie der deutschnationale Fraktionsvorsitzende Dr. Oberführer Anfang Dezember in Magdeburg sagte, „die Sache fast an sich zu ziehen“.

Nicht nachlassen!
Keine Wahlmüdigkeit!

49,6 Prozent, also fast die Hälfte aller Wahlberechtigten hat am 13. März 1932 dem Reichspräsidenten Generalmarschall von Hindenburg seine Stimme gegeben. Die Vermutung hat gefiegt. Gewiß, der leider notwendige zweite Wahlgang am 10. April ist nur eine Formentlastung; die Entscheidung ist bereits am 13. März gefallen. Hindenburg bleibt Reichspräsident. — Und trotzdem! Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn jetzt die Wähler Hindenburg zufrieden und selbstsicher ihre Hände nach getaner Arbeit in den Schoß legen wollten. Durch eine derartige Laubhute oder Wahlmüdigkeit könnte ein nicht wieder auszumachendes nationales Unglück entstehen.

Die Kundgebungen der Nationalsozialisten nach ihrem „Sieg“ am 13. März lassen erkennen, daß diese noch frampfbare noch rückwärtslose ihre Agitation betreiben.

Auch der Reichspropagandaleiter Dr. Goebbels prophezeit im „Angriff“, mit noch wilderen Worten, daß die letzte Woche vor der Wahl eine Ueberrumpfung nach der anderen bringen würde. Obwohl jeder Ruhigdenkende wissen muß, daß Hindenburgs Vorbrunn von über sieben Millionen Stimmen niemals einzuholen ist, verliert der zügel- und demagogische Agitator die Massen bis zum letzten auf. Es kann ihm niemals gelingen, sein Ziel zu erreichen; es sei denn, daß der Hindenburg-Wähler nachläßt.

Hindenburg darf nicht nur mit einer beliebigen Mehrheit gewählt werden, seine Stimmenzahl muß größer werden als am 13. März; das wird gelingen, denn die



Der Wahlkampf hat wieder begonnen
Das Bildnis des Reichspräsidenten von Hindenburg bedrückt wieder das Straßenbild.

nach nicht ausreichenden Rekruten sind bei der Hindenburg-Armee.

Die Nationalsozialisten aus Auster lassen bedeutet den grausamen Abbruch der Inkarnation der Selbstzerfleischung, des Kampfes aller gegen alle. Unbenutzbar für das deutsche Volk, lebenden Aues in diesen Abbruch zu springen! Nur Lässigkeit und Wahlmüdigkeit nur vorläufige Siegesfreudigkeit der Hindenburg-Wähler könnte am 10. April Hitler Goebbels und Komitanten zum Siege verhelfen. Darum tue am 10. April jeder seine Pflicht.

Nur dann bleibt Hindenburg Reichspräsident, und der Weg zur Hebung unserer Wirtschaftslage ist gebahnt.

Der Mann ohne Nerven

Hindenburg ist nie aus der Fassung zu bringen. Diese zähe Ruhe beruht auf seiner Charakterstärke und absoluten Selbstsicherheit, nicht zuletzt aber auf der seit frühester Jugend geübten Selbstdisziplin. Als Generalfeldmarschall antwortete er einmal auf eine bewundernde Aeußerung: „Ein Generalstab darf keine Nerven haben, ein nervöser Generalstab bringt Unruhe in die ganze Armee.“

Als dann später ein Bolitiker den Reichspräsidenten räumte, niemand habe den alten Herrn, selbst in den kritischsten politischen Situationen, nervös gefunden, erklärte er gelassen: „Ja, wissen Sie, Verehrter, wenn ich säße, daß ich nervös werden könnte, preiße ich mir ein.“ Auf den Einwurf, man habe ihn niemals preisen hören, erwiderte das Staatsoberhaupt: „Ich habe auch noch nie geblüht.“



Geht die Staatsgewalt vom Volke aus?

Als Hindenburg sich zum ersten Male zur Präsidentschaftskandidatur bereit gefunden hatte, besuchte ihn eine Deputation christlicher Arbeiter, zu der u. a. die inzwischen verstorbene, allgemein verehrte „Muttel Behm“ gehörte, in seinem hannoverschen Heim. Es hat wohl selten ein so eindrucksvolles Bild wahrhafter Volksgemeinschaft gegeben wie die Stunden, in denen der große Heerführer mit den schlichten Arbeitern und Angestellten über ihre Sorgen und Wünsche sprach. Aber als sie ihm zum Abschied versicherten, daß sie felsenfest an seine Wahl glaubten, und als einer von ihnen zur Bekräftigung anfang, vorzurechnen, wie die Stimmenzahl wahrscheinlich sein würde — es fiel das Wort von den Wahlausichten — da schnitt der alte Herr die weitere Unterredung mit den Worten ab: „Ja, wenn Gott das Amt gibt, dann werde ich es auch furchtlos und gerecht ausüben. Des können Sie sicher sein!“

Die Besucher sind damals still von dannen gegangen. Denn zum ersten Male hatten sie erlebt, daß ein Mensch, dem die höchste Staatsgewalt auf seine Schultern gelegt werden sollte, dies nur als einen Auftrag Gottes zu empfinden vermochte und nicht als ein Agitationsergebnis oder die Wirkung jenes Verfassungsfalles: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Soll das so weitergehen?

Das Schöffengericht in Dresden verurteilte in der vergangenen Woche den Handlungsgehilfen Birnig und den Architekten Fischer wegen gemeinschaftlicher Sachbeschädigung zu je neun Monaten Gefängnis. Nach einem Beschlage in Dresden kamen die kommunikalisch gefinnenen Birnig und Fischer an der Christuskirche vorbei, und in den bunten Kirchenfenstern erblickten sie ein geeignetes Objekt ihres durch den Alkohol angeregten Tatendrangs. Mit Steinen und Stielen zertrümmten sie die Kirchenfenster.

Aus Rheinfelden wird berichtet, daß dort in katholischen Kirchen Nachtwache liegt, weil von nationalsozialistischer Seite aus Ueberrumpfung beabsichtigt werden. Vor dem 13. März mußten öfters nach dem Gottesdienste die Pfarrer an die Kirchenräume eilen, um die Kirchgänger vor den am Tore stehenden nationalsozialistischen Propagandisten in Schutz zu nehmen gegen Beschimpfungen und Bedrohungen.

Soll das alles so weiter gehen, und wie soll das enden? Wäre es nicht allerhöchste Zeit, diesem Nationalismus ein Ende zu bereiten, der den deutschen Namen in der ganzen Welt schändet und uns in die Ketten eines 30jährigen Krieges zurückwirft?

Die Kommunisten im 2. Wahlgang

Gemäß den Weisungen von Moskau müssen die deutschen Kommunisten auch im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl antreten. Das kommunistische Zentralorgan „Die rote Fahne“, sagt, daß nunmehr mit „wahrhaft bolschewistischem Schwung“ gegen die Sozialdemokratie der Hauptstoß geführt werden müßte. Darauf erwidert der „Vorwärts“ in Nr. 137 vom 22. März 1932:

„Dieses Kreuzchenmalen im zweiten Wahlgang ist kaum mehr als eine harmlose Gelei. 5 Millionen Thälmann-Zettel können jetzt weder Hindenburgs Sieg, noch Hitlers Niederlage verhindern. Ueberhaupt ist der Zwang der wiederholten Thälmann-Wählerei in keiner Weise zu erkennen. Man hat am 13. März Stimmen gezählt, man wird am 24. April — bei den Landtagswahlen — schon wieder Stimmen zählen. Daß man zwischendurch am 10. April noch einmal zählen will, hat, wie uns scheint, mit überdemokratischem Kretinismus mehr zu tun, als mit „bolschewistischem Schwung“. Es ist ein „revolutionärer Hauptstoß“, der nichts trifft als die Luft.“

Hitler verzichtet auf keinen Blenny

Es ist kein Geheimnis, daß der jüngste Parteibuchbeamte im Lande Braunschweig, der Regierungsrat Adolf Hitler, höchste Nebeneinnahmen aus seiner Vertrags- und Verlegerstätigkeit hat. Nun sind die Braunschweigischen Beamten verpflichtet, ein Fünftel ihrer Nebeneinnahmen an die Staatskassen abzuliefern. Alle Lehrer, welche Organistendienste verrichten oder Gesangsvereine leiten, ferner alle Beamten, die Nebeneinnahmen haben, müssen diese Verpflichtungen erfüllen.

Für Adolf Hitler gilt das alles nicht! In einer kleinen Anfrage wurde die Regierung befragt, ob nicht auch die Nebeneinnahmen der Beamten aus künstlerischer, Vortrag- und Verlegerstätigkeit erfasst werden sollen. Das Staatsministerium antwortete folgendes:

„Das Staatsministerium beabsichtigt nicht anzuordnen, daß diejenigen Beamten, die aus privater schriftstellerischer, Vortrag- oder Verlegerstätigkeit Einnahmen beziehen, einen Teil derselben an die Staatskasse abzuführen.“

Hitler hat also auch in Braunschweig in dieser Notzeit denjenigen Ruhm, daß er als einziger Braunschweigischer und noch dazu ausgereicher Parteibuchbeamter seine fürklichen Nebeneinnahmen ungekürzt behalten darf. Und dann überlege man, daß dieser Herr Regierungsrat auf Dauer „beurlaubt“ ist.

Gewerkschaften notwendiger denn je!

Die letzten Wahlen haben eindeutig bewiesen, daß die Gewerkschaften die stärksten Stützen staatsbürgerlicher Ordnung sind. Gegenüber den zerstörenden Elementen, die in der Zeit höchster außenpolitischer und innenpolitischer Not die niedrigsten Instinkte aufwühlen und die Volksschichten gegeneinander beizen, hat die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ein Maß von staatsbürgerlicher Einsicht und Disziplin an den Tag gelegt, das manche anderen Volksguppen nicht aufzubringen vermochten. Und das, obwohl die Arbeiterschaft am härtesten von der Not betroffen wurde. Eine jahrzehntelange gewerkschaftliche Schulung ist nicht umsonst gewesen. Sie hat die Gewerkschaften gelehrt, in großen staatsbürgerlichen Zusammenhängen zu denken und Versprechen auf ihre Realisierbarkeit kritisch zu prüfen. Es fällt sie nicht, wie Tausende anderer Volksguppen, auf die demagogischen Winkelfalge extremer Machigruppen herein, die, trotzdem sie sich dadurch in die unumgänglichsten Widersprüche verwickeln, jedem Stande das versprechen, was er gern möchte. Die geschulten Gewerkschaftler fragen sich nüchtern und besonnen, wie soll das geschehen, und wissen so, die Spreu vom Weizen zu unterscheiden. Darum haben sie die letzten Wahlen und sehen sie die nächsten Wahlen an der Seite der Männer, die ihnen durch Notverordnungen zwar Schweres aufbürden mußten, von denen sie aber wissen, daß sie in sachlichem Ernst und kluger Ueberlegenheit ausschließlich und stetig die Lage zum Besseren wenden.

Sie wissen, daß eine solche Haltung ihnen und ihrem Stande besser dient, als wenn sie politischen Neuanfängern ihre Stimme geben, die mit ihren unburchführbaren Machideen die letzten Möglichkeiten des Aufstieges zertrümmern. Eine kleine Übersicht der zur Herrschaft Kommenden wird dabei gut fahren, den unteren Schichten in ihrer Gesamtheit wird es aber um so erbärmlicher gehen.

Vor allem kann niemand, wenn ihm eine Niederlage sicher ist — wie augenblicklich Hitlers — vom andern verlangen, dass er sich freundlichst an dieser Niederlage beteiligen soll. Hugenberg
Daher jede Stimme dem Sieger
Hindenburg

Wie es zur Annahme des Versailler Vertrages kam

Eine geschichtliche Skizze

Wir entnehmen mit Erlaubnis des Verlags die nachstehende Darstellung der Schrift: „Deutsches Zentrum — Deutscher Rhein“ von H. Köhler. (Paulinusdruckerei, Trier; auch zu beziehen vom Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei, Berlin, NW 28, Brüderallee 24). Der Verfasser hat in dem vorstehenden Kapitel die Situation geschildert, vor der Deutschland sich gestellt sah, nachdem am 16. Juni 1919 die Alliierten in einem Ultimatum gefordert hatten, Deutschland müsse bis zum 23. Juni abends dem Friedensvertrag zustimmen oder der Waffenstillstand werde aufgehoben, der Kriegsvormarsch der Entente herbeigeführt. Die Oberste Heeresleitung hatte ihre Auffassung in folgendem Telegramm niedergelegt: „Großes Hauptquartier den 17. Juni 1919. Wir sind bei der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten militärisch in der Lage, im Osten die Provinz Posen zurückzuerobern und unsere Grenzen zu halten. Im Westen können wir bei ernstlichem Angriff unserer Gegner angesichts der numerischen Überlegenheit der Entente und deren Möglichkeit, uns auf beiden Flügeln zu umfassen, kaum auf Erfolg rechnen. Ein günstiger Ausgang der Gesamtoperationen ist daher sehr fraglich, aber ich muß als Soldat den ehrenvollen Untergang eines schmachvollen Friedens vorsehen.“

Nach ein letztes wird versucht: die Unterzeichnung mit Vorbehalten gegenüber dem Kriegsschuld- und dem Auslieferungspatagraphen. Am 22. Juni wird die Note überreicht, am gleichen Tage antwortet Clemenceau: „Die Zeit der Erörterungen ist vorüber.“ Innerhalb von 24 Stunden muß unterzeichnet werden.

Es ist später Wend, als diese Antwort eintrifft. Sie schafft eine neue Situation. Die Nationalversammlung, die am 22. Juni nachmittags mit 237 gegen 138 Stimmen der Unterzeichnung unter Vorbehalt der Ehrenpunkte zugestimmt hat, wird noch einmal abstimmen müssen. Das Kabinett berät in Anwesenheit des Reichspräsidenten Ebert die ganze Nacht hindurch. Die Ablehnung der Ehrenpunkte erscheint mit Recht dem ganzen Kabinett so schwerwiegend, daß es (eine bisher der Öffentlichkeit noch ganz unbekannte Tatsache) in den frühen Morgenstunden demissioniert. Reichspräsident Ebert ist in dieser furchtbaren Stunde, in der Deutschland ohne Regierung ist, nur dadurch zum Verbleiben im Amt zu bewegen, daß die Minister als geschäftsführendes Kabinett vorläufig im Amt bleiben. Nur dadurch war der völlige Zusammenbruch aller Regierungsgewalt, die völlige Anarchie zu verhindern. Die Vormittagsstunden des 23. Juni, des Entscheidungstages, verstreichen. Schon lassen sich die Minuten bis zum Ablauf des Ultimatums, bis zum Kriegsvormarsch der Entente herbeizählen. Niemand sieht einen Ausweg. Im Hause der Nationalversammlung herrscht eine Stille, wie in einem Totenhaus. Die erste Gefahr, eine Verantwortungsschieber, Menschenschiffe überfliegend, liegt auf den Abgeordneten.

Währenddessen massieren sich an der Rheinbrücke die Kriegsvormarsch der Alliierten. Die Generale halten bereits Ansprachen an ihre Truppen. Straßen und Bahnhöfe sind mit endlosen Rügen von Mannschaften, Geschützen und Munition und Kriegsmaterial vollgepackt. Noch braucht man auf den Bahnen zu stehen, um alles in Bewegung zu setzen. Auch die Arbeiter in den Fabriken haben bereits feldmarschmäßig gepackt. Schon treiben Flieger über den Grenzen des besetzten Gebietes. Wird ihnen bald das Signal gegeben werden, daß sie weiter ostwärts fliegen sollen. Feuer und Tod in deutsche Städte zu tragen?

Vor der Plenarsitzung der Nationalversammlung tritt die Zentrumsfraktion zusammen, um zu der veränderten Situation nach Ablehnung der Ehrenpunkte Stellung zu nehmen. Reichswehrminister Noske und General Raeder erscheinen in der Sitzung und teilen mit, die Reichswehrkräfte würden im Falle der Annahme der Ehrenpunkte von ihren Posten zurücktreten.

Die Lage ist also diese: Wird abgelehnt, dann führen die Entente-Generale das Chaos herbei; wird angenommen, dann ist die Armee ohne Offiziere, dann wird die Volksherrschaft nicht aufzuhalten sein. Wägen dann doch lieber die Generale der Entente die Generalstiche sein?

Auf diesen Standpunkt stellt sich die Mehrheit der Zentrumsfraktion. Mit 64 gegen 14 Stimmen wird der Beschluß gefaßt: „Ablehnung der Unterchrift; Austritt aus der Regierung; der Opposition soll es überlassen bleiben, eine neue Regierung zu bilden.“ Auch Erzberger, der unter dem Vorbehalt der Ehrenpunkte für die Annahme eingetreten ist, stimmt jetzt mit den anderen drei Zentrumsmännern für die Ablehnung.

Der Beschluß schlägt wie eine Bombe ein. Nunmehr steht die Ablehnung fest, übrigens ist auch ein Teil der Sozialdemokraten damit. Völlige Ratlosigkeit! Der Versuch des Reichspräsidenten Ebert, eine neue Regierung zu bilden, scheitert. Die an jede einzelne Partei gerichtete Anfrage ergibt, daß jede Möglichkeit einer neuen Regierungsausschließung ist.

Und nun geschieht das Unerwartete. In den ablehnenden Parteien ist man über den Beschluß des Zentrums entsetzt. Eine Parteiführerbefragung tritt zusammen. In ihr zeigt sich, daß im Grunde ihrer Seele auch die Rechte die Ablehnung mehr fürchtet, als die Annahme. Sie sieht sich jetzt vor der Möglichkeit, die Ablehnung durch eine aus ihren eigenen Reihen zu bildenden Regierung durchzuführen. Aber sie hatte, wie sich jetzt zeigt, diese Gelegenheit gar nicht ernstlich gewünscht. Gerade ihre Führer sind es, die einen Ausweg zur Sprache bringen. Der Volksparteiler Heinze vertritt die Ansicht, daß die Regierung durch die vorläufige Ablehnung auch zur Unterzeichnung ohne Vorbehalt gegenüber den Ehrenpunkten ermächtigt sei. Auf Anregung des Demokraten Schiffer benachrichtigt Heinze die Regierung, daß die Oppositionsparteien ihr aus solcher Auffassung keinen Streit drehen würden. Diese Mitteilung wird dem Reichspräsidenten Ebert und der Reichsregierung durch den Gesandten Rappmann überbracht.

Mittlerweile ist auch eine Depesche des Chefs des Generalstabs bei der Obersten Heeresleitung, General Gröner, eingetroffen, der seine Meinung dahin ausdrückt, als Offizier könne er nicht für die Unterzeichnung eintreten, als Deutscher aber müsse er sagen, daß nichts anderes übrig bleibe, als zu unterzeichnen. Auch Urteile anderer Militärs über das Verhalten der Offiziere im Falle der Unterzeichnung sind eingetroffen. Sie denken sich mit der Aufhebung Noskes und Raeders und geben der Situation ein etwas verändertes Gesicht.

Als der Gesandte Rappmann mit der Mitteilung der Parteiführer in der Kabinettsitzung eintrifft, erklärt Minister Voss, er könne, auch nachdem durch die Depesche Grönners das Kabinett vor eine geänderte Situation gestellt sei, — angesichts seiner, der breiten Öffentlichkeit bekannten Ablehnung der Ehrenpunkte — auf die Anregung der Parteiführer nur eingehen, wenn dem Kabinett und den zukünftigen Parteien in der öffentlichen Sitzung eine feierliche Ehrenerklärung abgegeben werde. Dieser Stellungnahme Voss treten der Reichspräsident Ebert und sämtliche Minister bei. In ihrem Auftrag begeben sich dann die Minister Voss und Mayer-Rastbach zu den im Vorzimmer versammelten Parteiführern und überbringen ihnen die feierliche Bedingungenklärung mit der folgenden Betonung: daß sie zur Verhütung von Anarchie, Bürgerkrieg, Reichszerfall und feindlichen Eroberungen das entschlossene Opfer der Zustimmung geben könnten, wenn ihnen die verlangte feierliche Ehrenerklärung in der Volksversammlung gegeben werde.

Hiermit erklärten, daß die Parteiführer sofort unumwunden einverstanden. Die Abgeordneten Voss und Schiffer erklärten, sie würden in der Volksversammlung eine klare Ehrenklärung abgeben. Der deutschnationale Führer Schulz-Bromberg bezeichnet es als „selbstverständlich“, wenn, so sagte er (Kaufer in „Nationaler Arbeit“, Berlin 1929), „auch meine Freunde bezeugen nicht den nationalen Beweggrund der Zustimmung.“ Er entwirft selbst eine schriftliche Ehrenklärung, die er dem Zentrumsgesandten Minister Voss und Minister Mayer vorlegt. Hiermit tritt die Zentrumsfraktion nach einmal zusammen und erklärt sich auch ihrerseits schmerzlich bereit, das größte und schwerste Opfer der Zustimmung — auch ohne die Ehrenpunkte — zu bringen.

Die Sitzung der Nationalversammlung beginnt vier Stunden vor Ablauf des Ultimatums. Nach hat die Opposition Gelegenheit, die Unterzeichnung zu verhindern. Die Annahme des Vertrags steht nicht auf der Tagesordnung. Ein einziger Widerspruch kann die Beratung und damit die Unterzeichnung unmöglich machen. Er erfolgt nicht.

Immer noch die ist ihr außerdem (da es keine Beschränkung der Redezeit gibt) die Ausbeutung der Debatte, so, daß die Zustimmung nicht mehr vor Ablauf des Ultimatums erfolgen kann. Auch das geschieht nicht.

Statt dessen gibt der volksparteiliche Abgeordnete Schiffer die Erklärung ab: „Im übrigen habe ich zu erklären, daß bei meinen politischen Freunden kein Zweifel in die vaterländische Gesinnung und Überzeugung auch derjenigen besteht, die gestern mit Ja gestimmt haben.“ Und Schulz-Bromberg führt aus: „Sie die Deutschnationale Fraktion steht als selbstverständliche Voraussetzung, daß jedes Mitglied der Nationalversammlung seine eigene Stellung nach bestem Wissen und Gewissen einnimmt.“

So kam der Präsident Heydenreich nach der vorgenommenen Abstimmung, daß die Regierung nach wie vor ermächtigt bleibe, zu unterzeichnen, an, als Führer: „Ich stelle mit Genehmigung fest, daß von verschiedenen Seiten des Hauses eine Antwort wurde, daß alle Teile des Hauses, ob ja, ob nein, nur aus vaterländischer Grundsatz bei ihren Abstimmungen, haben lassen, getragen von großer Gewissenhaftigkeit, von der ernstlichen Auffassung über die Lage unseres Vaterlandes.“

Die Opposition erhebt keinen Widerspruch gegen die Feststellung, kommt ihr also zu. Und eben so verhält sie sich, als Heydenreich

fortfährt: „Ich möchte wünschen, daß der Geist, der sich zum allergrößten Teil wieder in der Nationalversammlung kundgegeben hat, sich auch hinaus trägt in unser Volk.“ Das wäre nun noch das allerhöchste, wenn wir nach dem Vorgängen aller Jahrzehnte, die glücklich hinter uns liegen, in Schmach und Verdächtigungen gegen die vaterländische Gesinnung unserer Mitbürger uns ergelen wollten. Ich würde es in dieser schwersten Stunde des deutschen Volkes als das größte Verbrechen bezeichnen, das von innen heraus an demselben begangen werden könnte.“

Um 4.15 Uhr ist die Entscheidung gefallen. Zwei Stunden vor Ablauf des Ultimatums überreichte der deutsche Gesandte von Daniel Clemenceau die deutsche Note: „Der übermächtigen Gewalt weichen und ohne damit ihre Auffassung über die unehrerliche Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen anzugeben, erklärt die Regierung der deutschen Republik, daß sie bereit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen aufgestellten Friedensbedingungen zu unterzeichnen.“

Die Sicherung des Reichshaushalts

Die Ermächtigungsverordnung des Reichspräsidenten an die Reichsregierung ang bezüglich der Sicherung des Reichshaushalts ist nunmehr ergangen. Es handelt sich darum, in der Zeit vom 1. April 1932 bis zum 30. Juni 1932 die zur Aufrechterhaltung der Reichsverwaltung oder zur Erfüllung der Aufgaben und der rechtlichen Verpflichtungen des Reiches notwendigen Ausgaben zu leisten.

Diese Ermächtigung ist notwendig, da ein parlamentarischer Erledigung des Reichshaushalts im gegenwärtigen Augenblick ohnehin nicht möglich ist. Die Verwaltung infolgedessen gesichert werden und das geschieht nun durch die erwähnte Verordnung.

Im wesentlichen bleibt ein bezüglich der Beamtenstellen und der Soldaten der Wehrmacht die Stellenpläne des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1931 für die bezugsfähige Zeitspanne, in welcher die Sicherung des Reichshaushalts gewährleistet werden soll, in Kraft.

Zur Bezahlung von Beamten und nichtbeamteten Personals sowie zur Bezahlung eines Vorrates für das Rechnungsjahr 1931 jedoch ist mehr Disposition als im 1. Viertel des Rechnungsjahres 1931 beabsichtigt.

Zur Förderung des öffentlichen Luftverkehrs durch die Deutsche Luftfahrt AG. und zur Förderung der Luftschifffahrt darf bis zu einem Drittel der für das Rechnungsjahr 1931 bewilligten Beträge ausgegeben werden.

Eine weitere Ermächtigung betrifft die Ausgabe von 75 Millionen Mark an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Erleichterung der Wohlfahrtsarbeiten.

Im übrigen können Ausgaben bis zu einem Fünftel der für das Rechnungsjahr 1931 bewilligten Beträge, aber nicht über ein Viertel derjenigen Beträge hinaus, geleistet werden, die der Entwurf des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1932 für den gleichen Zweck enthält.

Alle übrigen, dem Reichsfinanzminister früher erteilten Garantiermächtigungen bleiben in Kraft. Darüber hinaus wird der Reichsfinanzminister ermächtigt:

- a) zur Förderung der Getreidebewegung Garantien bis zum Höchstbetrag von 60 Millionen Reichsmark;
- b) zur Überbrückung der Schwierigkeiten der deutschen Seeschifffahrt Garantien bis zum Höchstbetrag von 77 Millionen Reichsmark zu übernehmen.

Diese Verordnung tritt am 1. April 1932 in Kraft und mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1932, spätestens am 30. Juni 1932 außer Kraft.

Kommunalmassnahmen vor 250 Jahren

Vor 250 Jahren waren in den deutschen Landgemeinden die meisten Väter — wie das der Gemeindevorstände, Kirchenältesten, Schulheisen — Ehrenämter, die außer der Ehre nichts einbrachten. Den Schulheisen blühte allerdings damals die Arbeitslast nicht so, wie den Gemeindevorsteher von heute. Gemeinde- und Kirchenrechnungsführer, die jährlich anderen Mitgliedern der Gemeinde- und Kirchenvertretung übertrugen wurden, wählten ebenfalls ehrenamtlich. Als gewisse Entschädigung aber wurde beim Abschluß der Jahresrechnung eine sogenannte „Berechnungsmahlzeit“ auf Kosten der Gemeinde- und Kirchenkasse veranstaltet. In manchen Gemeinden erfolgte nun die Rechnungslegung auf recht sonderliche Art. Der Rechnungsabluß wurde mit Kreide auf dem Kirchentisch notiert; der Gemeindevorsteher prüfte nun, und als Zeichen der Richtigkeit und Anerkennung des Abchlusses — wurde jeder Rechnungsführer auf diesen Tisch. Damit war gleichzeitig „Entlassung“ erteilt. Für die Kirchlichen Beamten gab es noch sogenannte „Weihnachts-“, Oster- und Pfingstmahlzeiten, die später in Geld und schließlich abgelöst wurden. Der Lehrer oder Schulmeister war der einzige auf den Dörfern anständige Beamte, der besoldet wurde.

Sein Gehalt betrug um jene Zeit 20 Reichstaler, dazu kamen noch Naturalieferungen (Weizen, Holz und Schindeln). — Eine Art Feldpoststelle in damaliger Zeit das Amt des Marktes, dessen Aufgabe es war, streng darauf zu achten, daß die Grenzsteine in der Mark am richtigen Platz standen und fehlende durch neue ersetzt wurden. Für ihren Dienst wurde dem Markter nicht weiter als ein Freiwort gewährt. Sollte jemand einen Grenzstein mutwillig beschädigt, oder umgeworfen oder über die Grenze gedert und gesetzt, so wurden dem Betreffenden von dem Markter hohe Geldstrafen auferlegt. — Ein ganz eigenartiges Amt war auch das des Angiebers. Das einfache Bier, das man damals trank, wurde im Ort selbst gebraut; den Bierpreis setzte der Angießer fest auf Grund der Brautkosten, der Ausgabe für Malz und Hopfen, auch hatte der Angießer darüber zu wachen, daß der Wirt seinen Gästen das richtige Maß verabreichte. In alten Gemeindefinanzrechnungen kann man heute noch von Strafen für den Wirt lesen, weil derselbe im Gemäß „unrecht befunden wurde“.

Mit Strafen (Gemeinde- und Kirchenbusen) war man damals mehr als heute bei der Hand. Kirchenbusen mußten z. B. Leute „entziehen“ wegen unflätigen Lebenswandels, wegen Diebstahls, wegen „gottlosen Lebens“ oder auch weil sie sich der Obrigkeit widersetzt und ehrenrührige Worte haben lassen. — Gemeindevorstände wurden aufgelegt wegen „Ungehorsams“, ungebührlichen Benehmens den Schatzkassen oder den Kassen gegenüber oder auch, wenn Gemeindevorstände zu Tode kamen, rechtzeitig oder gar nicht erschienen waren, besonders bei Hochwasser oder Feuersgefahr. Die Nachwachen wurden um jene Zeit in kleineren Orten von den Dorfeinwohnern der Reihe nach selbst ausgeübt. Der Schultheiß und der Gemeindevorstand hatten die Nachwächter zu kontrollieren. Später wurden überall besondere Nachwächter angestellt. Dieser durchschritt stündlich die Straßen und Gassen des Dorfes, um an den „Tutellen“, je nach der Zeit, ein- oder mehrere Mal in sein Horn zu blasen.

Er spielte sich, wie man aus all dem erhellt, die Gemeindeverwaltung in unseren Dorfgemeinden zu Ausgang des 17. Jahrhunderts in einfachen Formen ab — keine großen, betriebsreichen Ämter, keine Hierarchie, aber auch keine inausgesprochene Gemeindevorstände konnte man damals. Allem prägte die Einfachheit ihren Stempel auf und man lebte zufriedener und glücklicher als heute.

Bücherei

Sindenburg und die Ostmark

Das neueste Heft des „Ordnungsblattes“ wendet sich im besonderen an den Osten; in einem Artikel „Sindenburg und die Ostmark“ wird dargelegt, was der heutige Reichspräsident und einstige Generalfeldmarschall für den deutschen Osten getan hat: wie er ihn von der Rußnot befreite und wie er später durch die von ihm geforderte und immer wieder lauffähig vorangewiesene Hilfe die schweren Wirtschaftsschäden, unter denen dieser Landesteil besonders litt und noch leidet, zu mindern versucht und tatsächlich gemindert hat. Es ist zu hoffen, daß durch derartige Aufklärung über das, was Sindenburg dem deutschen Osten bedeutet, die dortige Bevölkerung ein besseres Augenmaß für die Gestalt ihres Retters bekommt. — Das gleiche Heft des „Ordnungsblattes“ bringt eine sachkundige Darlegung über die Möglichkeit der deutschen Selbstversorgung; es wird für viele überraschend sein, in welchem Umfange es möglich ist, Deutschlands Wirtschaft vom Auslande unabhängig zu machen, ohne deshalb die Ausfuhrmöglichkeit für deutsche Waren zu unterbinden. — Nicht minder beachtenswert ist ein Aufsatz des früheren Staatssekretärs Prof. Dr. Aug. Müller über die Rolle des Geld- und Kapitalmarktes innerhalb der internationalen Wirtschaftskrise; die Fülle des Wissens, die aus dem Aufsatz spricht, und die Klarheit der Darlegungen geben diesen Beitrag einen besonderen Wert; er stellt eine hervorragende Ausbeutung der schwierigsten wirtschaftlichen Fragen dar. — Ueberaus aufschlußreich ist auch ein Artikel von Prof. Dr. Raeder über das „Soziale Gesicht der Nationalisierung“. Er geht aus von der Tatsache, die jedoch das Internationale Arbeitsamt über die Wirkungen der Nationalisierung veröffentlicht hat und die einen tiefen Einblick gewährt in die Veränderung der Produktion, die durch die Nationalisierung hervorgerufen worden ist. — Scharfe Worte findet das „Arzt-Symposium, ein Spezialist der Randsaat-Politik, für die ungeheuerlichen Verstöckungen gegen das Armenstatut. — Im kulturellen Teil dieses reichhaltigen Heftes des „Ordnungsblattes“ finden wir zum 200. Geburtstag von Joseph Haydn einen lebendig illustrierten Aufsatz und ferner einen Bericht über die wichtigsten Goethe-Fest.

Ich habe mein Leben in der großen Schule der Pflichterfüllung in der alten Arme verbracht und hier gelernt, stets ohne Rücksicht auf die eigene Person meine Pflicht gegenüber dem Vaterlande zu tun

von Hindenburg

„Aber, Herr Erich, Sie können doch nichts dafür. Es ist ein Unglück, das wir ertragen müssen.“

(Fortsetzung folgt).

So erlitt meine Gesundheit, long time and so far, some considerable improvement. —
auf die Eltern trat und meine Thätigkeit vollständig umherverfüllte. . . .
Bettung — Rettung! — Ich mußte heraus mit meinem heiligsten
Iten Stille aus dieser Hölle, aus diesem Züden und Pfeiten, nach
die vortheilhaftesten Gesellsch. ergangen, und diesem Ringelstein,
dem weit schmerzlos vertragen waren. . . . Da — vor uns eine
Thine, bereit gegen die See hin absteigender Baum stünden unter
selbst gewöhnt. . . . über 300 Meier sind's bis dahin. . . . 300 Meier
wel im Meerel im Grunde auf der ständelstehenden Stred die
verhängnisvollen Züden des Gesellsch. schlag. . . . Meerel. —
Fein langes Meerelgen gab's, keine Stünde durfte verloren ge-

Als mußtholicher Söter kann gelten, daß der Hochzeitsmarkt aus Roßbergin, wenn man ihn rathenwärts spielt, in den Tonnermarkt von Eßopin auflöset.

Das längste Zeilament der Welt wurde von Stephan Bloemont Goolt in Gordon gemacht. *Se* begann es mit janzigs Jahren *se*